

Kirchliches Zeitgeschehen

Dem Verfasser, Professor für Kirchengeschichte in Brixen, sei dafür gedankt, daß er die Betreuung dieser zur Tradition unserer Zeitschrift gehörenden Rubrik (sie erscheint zweimal im Jahr) übernommen hat. (Redaktion)

1. Streiflichter

Da es in der Kirche keine andere Persönlichkeit gibt, die sich in Anspruch und Zuschnitt mit *Papst Johannes Paul II.* messen kann, spielt er auch in diesem Bericht die wichtigste Rolle. Begeisterung aber auch Kritik löste der Heilige Vater aus, als er am 16. und 17. Juli auf dem Adamello bei Trient Ski lief. Seinen ungewohnten Ferienort erreichte der Papst zusammen mit dem italienischen Staatspräsidenten Pertini per Flugzeug und Hubschrauber. Bei einem Aufenthalt auf einer Skihütte schreckten die prominenten Gäste nicht zurück, ihren Hunger mit köstlichen Spinatnockerln, die sogenannten Strangolapreti, zu deutsch Priesterwürger, zu stillen.

Seit Anfang November liegt die Anklageschrift gegen die angeblichen Hintermänner des Papst-Attentäters Ali Agca vor dem zuständigen römischen Gericht. Spätestens in 18 Monaten müßte der „Prozeß des Jahrhunderts“ eröffnet werden gegen die vier Türken und drei Bulgaren, die beschuldigt werden, an einem Komplott zur Ermordung des Papstes mitgewirkt zu haben. Nach der Anklageschrift, die doppelt so dick wie Thomas Manns „Buddenbrooks“ ist, scheint sich die bulgarische Spur nun doch als echt zu erweisen.

Als unhaltbar und absurd ist hingegen der Versuch des britischen Schriftstellers David A. Yallop anzusehen, in einem in diesem Jahr erschienen Buch nachzuweisen, daß *Johannes Paul I.* nach seinem Pontifikat von 33 Tagen einem Mordkomplott zum Opfer gefallen sei. Der Autor kann in seinem aufsehenerregenden Buch nicht nur keine Beweise liefern; auch die Indizien, die er anführt, beruhen vielfach auf irrigen Voraussetzungen. Daß z. B. eine Autopsie des verstorbenen Papstes unterblieb, war sicher eine Unterlassungssünde, aber gewiß kein Indiz für einen Mord im Vatikan.

Schlagzeilen machte in diesem verflossenen Halbjahr die von Kardinal Joseph Ratzinger geleitete Glaubenskongregation, als sie am 3. September eine *Instruktion über die Befreiungstheologie* erließ, die sich überspitzt folgendermaßen zusammenfassen läßt: Ja zur Befreiungstheologie, nein zum Marxismus. Im Dokument heißt es unter anderem: „Die ‚Befreiungstheologien‘ haben zwar das Verdienst, die großen Texte der Propheten und das Evangelium über die Verteidigung der Armen wieder aufgewertet zu haben, doch verwechseln sie darüber hinaus in verderblicher Weise den Armen der Schrift mit dem Proletariat von Marx.“ Der niederländische Theologe Edward Schillebeeckx hat in einem Beitrag für die in Bologna erscheinende katholische Zeitschrift „Il Regno“ im Oktober die Beurteilung der Befreiungstheologie durch Kardinal Ratzinger scharf angegriffen. Nach Schillebeeckx verwechselte Ratzinger seine persönliche Theologie mit der seines Amtes, die einen viel größeren Horizont haben müsse.

Salzburg erlebte am 24. September die größte Prozession der letzten 300 Jahre. Anlaß der Feiern, an denen auch der irische Primas, Kardinal Tomas O’Fiaich, sowie Bischöfe aus West- und Osteuropa teilnahmen, war der 1200. Todestag des Salzburger Landespatrons Virgil. Am selben Tag ging auch das internationale Virgil-Symposion zu Ende,

bei dem neue Erkenntnisse über das Wirken des gelehrten, originellen und energischen Heiligen in Salzburg vorgelegt wurden.

Einen Monat später kam es in *Wien* zu heftigen Störaktionen anlässlich der Übergabe der von 200.000 Österreichern unterzeichneten Petition der überparteilichen und überkonfessionellen Plattform „Geborene für Ungeborene“ an Spitzenvertreter der drei im Parlament vertretenen Parteien. In dieser Petition wurden die Politiker aufgefordert, sich für die unantastbaren Werte des Lebens einzusetzen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß keine Frau in Österreich ihr Kind abtreiben muß.

Zu einem großen Fest der Begegnung wurde der 88. *Deutsche Katholikentag* im Juli in München, dem es aber an zündenden Ideen fehlte. Zudem machte sich eine gewisse „Bischofsrethorik“ unangenehm bemerkbar. So wetterte ein Oberhirte gegen die „Kirche von unten“, die wieder verschwinden werde, wie sie gekommen sei. Weiters sprach er von „Theologen ohne Herz“ und von Kritikern, die alles hinterfragen, nur sich selbst nicht. Im Münchner Marstalltheater wurde zum Katholikentag das Stück von Ester Vilar „Amerikanische Päpstin“ aufgeführt, das ein Monolog Johannes II. über ihre „Vorgänger“, die die Kirche ausverkauft haben, ist. Daher schießen nun überall in der Welt „Moscheen wie Champignons“ in den Himmel. Fazit: Die Kirche braucht wieder einen autoritären Papst.

Im Juli mußte der *französische Staatspräsident* Mitterand das heftig umstrittene Schulgesetz, nach dessen Entwurf alle Schulen in die Regie des Staates übergehen sollten, zurückziehen. Betroffen gewesen wären vor allem die katholischen Schulen. Kurz davor hatten in Paris Hunderttausende von Menschen gegen den Gesetzesentwurf protestiert. Ein ähnlicher Konflikt zwischen Kirche und Regierung erreichte im September auf *Malta* seinen Höhepunkt, als etwa 200 Sympathisanten der Regierung gewaltsam in den Amtssitz des Erzbischofs eindrangen und mehrere Büros und eine Kapelle verwüsteten. Im *amerikanischen Wahlkampf* war Religion eines der heißesten Eisen. Ronald Reagan, der einer Freikirche angehört und sonntags nie zur Kirche geht, stellte sich als „engen Freund“ Papst Johannes Pauls II. dar und verkündete, daß Politik und Moral untrennbar sind. Damit errang er die größten Erfolge. Geraldine Ferraro, die katholische Vizepräsidentenskandidatin der Demokraten, löste hingegen mit ihrer Ansicht, Religion und Politik säuberlich zu trennen, heftige Debatten aus. Trotz der katholikenfrendlichen Politik Ronald Reagans gingen die katholischen Bischöfe mit der Wirtschaftspolitik des amerikanischen Präsidenten hart ins Gericht. Die 35 Millionen Armen und acht Millionen Arbeitslosen in Amerika seien eine „Schande“, heißt es in einem Anfang November veröffentlichten Entwurf eines Hirtenbriefes.

Da sich vor allem in der *Ehemoral* eine große Anzahl von *katholischen Kanadiern* nicht mehr an die kirchlichen Normen hält, befürchtete man, daß Johannes Paul II. anlässlich seiner vom 9. bis 21. September dauernden Reise in dieses Land als der große Strafprediger auftreten würde. Aber der Papst brachte das Problem der Geburtenregelung nur selten und meistens nur andeutungsweise zur Sprache. Ein wichtiger Programmpunkt dieser Reise war die Begegnung mit den Ureinwohnern des Landes, den Indianern und Eskimos. Sie ermutigte der Papst, ihre kulturelle Identität zu wahren, sich ihrer Rechte bewußt zu sein und mit ihren Landsleuten friedlich zusammenzuleben.

Er wollte „dabeisein“. Damit begründete Johannes Paul II. seine Reise in die *Karibik*, wo die Vorbereitungen zur 500-Jahr-Feier der Entdeckung und Evangelisierung Lateinamerikas eröffnet wurde, und sich 100 vom Lateinamerikanischen Bischofsrat CELAM eingeladene Bischöfe versammelt hatten. Es war die 24. Auslandsreise des Papstes, die er vom 10. bis 13. Oktober in der Karibik durchführte. Obschon ein Überblick des Papstes

über die Geschichte der Kirche in Lateinamerika reichlich positiv ausfiel, gestand er dennoch, daß es zur Zeit der ersten Evangelisierung eine „Interdependenz von Kreuz und Schwert“ gegeben habe.

In *Nicaragua* stellte der Vatikan jene Priester, die staatliche Ämter bekleiden, vor das Ultimatum: Entweder Politik oder Priestertum.

Große Schlagzeilen machte der brasilianische Befreiungstheologe *Leonardo Boff*, als er sich am 7. September im Vatikan einer Befragung der obersten Glaubenshüter stellen mußte, die für beide Parteien anscheinend zufriedenstellend verlief. Wie schwer es ist, den Kern des Konfliktes zu erfassen, verdeutlichte der brasilianische Kardinal Arns mit dem Satz: „Nur wer einige Zeit mit uns lebt, kann uns auch verstehen.“ Die Befreiungstheologie spielt auch in Peru eine große Rolle. Da es innerhalb der Bischofskonferenz diesbezüglich zu einem Patt gekommen ist, war man in Rom bemüht, 44 Mitglieder der peruanischen Bischöfe, die sich Ende September in der Ewigen Stadt aufhielten, auf klaren Kurs zu bringen.

Durch den ganz persönlichen Einsatz Papst Johannes Pauls II. erzielten im Oktober *Argentinien* und *Chile* in ihrem Grenzstreit am südlichen Ende des amerikanischen Kontinents eine Einigung.

Überall in *Afrika* macht sich die „Revolution der Moscheen“ bemerkbar. Aber auch die katholische Kirche bleibt in Afrika nicht untätig. Im September eröffnete der Erzbischof von Nairobi, Kardinal Maurice Ottunga, die erste ostafrikanische katholisch-theologische Ausbildungsstätte für Graduierte, das „Catholic Higher Education Institute of East Africa“. Diese Schule soll Priestern, Ordensleuten und Laien eine zweijährige Zusatzausbildung nach ihrem Studium ermöglichen.

Die *katholische Kirche Jugoslawiens* feierte am 8./9. September einen „nationalen Eucharistischen Kongreß“ zum Gedenken an die Christianisierung Kroatiens vor 1300 Jahren. Ursprünglich wollte auch Papst Johannes Paul II. an den Feierlichkeiten teilnehmen. Aber wegen Unstimmigkeiten mit der jugoslawischen Regierung ist der Papstbesuch dann ins Wasser gefallen. Belgrad hatte kurz und bündig erklärt, man wünsche den Papstbesuch „zu einem geeigneteren Zeitpunkt“. Als seinen persönlichen Legaten entsandte dann der Papst den Wiener Erzbischof, Kardinal Franz König.

Empörung in der ganzen Welt verursachte ein Priestermord Ende Oktober in *Polen*. Mit dem grausamen Tod von Jerzy Popieluszko hat die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ erst recht den Mythos bekommen, den die kommunistischen Machthaber und die polnische Kirchenführung krampfhaft zu verhindern suchten. So tragisch der Tod Popieluszkos auch ist, so muß doch gesagt werden, daß die Welt voller „Popieluszkos“ ist. Nur findet die zunehmende Zahl von Priestern und Laien, die sich überall in der Welt für die Freiheit und die Menschenrechte einsetzt und dafür mit dem Leben bezahlen muß, kaum ein entsprechendes Echo in den Medien. Wie lange hat z. B. die Weltöffentlichkeit zu den Zehntausenden Verschwundenen in Argentinien geschwiegen?

2. Die Tridentinische Messe

Scharfe Kritik löste das am 15. Oktober von der von Erzbischof Augustin Mayer geleiteten Gottesdienstkongregation veröffentlichte Schreiben über die Zulassung der Tridentinischen Messe aus. Das Dokument teilte mit, daß Papst Johannes Paul II. unter bestimmten Bedingungen die Feier der Messe nach dem Missale Romanum Pius' V. erlaube. Die Einschränkungen, die Rom mit dieser Geste der „Barmherzigkeit“ verbindet, sind: Die Rechtgläubigkeit des neuen Meßbuches darf nicht angezweifelt werden, die Meßfeier nach dem alten Ritus ist grundsätzlich an die Erlaubnis des Ortsbischofs

gebunden, alter und neuer Ritus dürfen nicht miteinander vermischt werden und die tridentinische Messe ist nicht als Gemeinschaftsgottesdienst, sondern nur als Möglichkeit für kleinere Gruppen gedacht.

Viele fragen sich nun, warum der Papst, offenbar gegen den Widerstand der zuständigen Kongregation, die Wiederezulassung der „alten“ Messe durchgesetzt hat. Das Schreiben nennt als magere Begründung, daß das „Problem“ des tridentinischen Ritus weiter bestehe und daß der Papst dem Wunsch gewisser Gruppen entgegenkommen wollte. Die Bedingungen sind aber so hochgeschraubt, daß z. B. Lefebvre und seine Anhänger diesen Preis kaum bezahlen können. Für weitere Kreise des katholischen Volkes besteht hingegen kein Bedürfnis nach Meßfeiern im vorkonziliaren Ritus. Eine auf Wunsch des Papstes 1980 durchgeführte Umfrage unter allen Diözesanbischöfen der Erde ergab, daß weit mehr als 75 Prozent der Oberhirten diesbezüglich in ihren Diözesen keine Probleme haben. Zudem ergeben sich eine Menge praktischer Schwierigkeiten. Da das Schreiben ausdrücklich erklärt, daß das Meßbuch von 1962 nicht mit Elementen des Meßbuches von 1970 vermischt werden darf, erfolgt eine tiefgehende Diskrepanz in der Ordnung der Schriftlesungen, in der Gliederung des Kirchenjahres sowie in der Feier der Heiligenfeste.

Wie zu erwarten war, gab es nun scharfe Kritik. Die Vertreter von 32 anglophonen Bischofskonferenzen haben gegen dieses Schreiben Stellung genommen. Die Delegierten der Bischofskonferenzen der Vereinigten Staaten, Kanadas, Großbritanniens, Australiens sowie asiatischer und afrikanischer englischsprechender Länder haben ein entsprechendes Dokument der zuständigen päpstlichen Kongregation zugeschickt. Bei ihrer Kritik befürchten sie nämlich, daß sich „diese Konzession in einer ganz anderen Richtung bewegt als die Lehre des Zweiten Vatikanums über die Kirche, in der die Einbeziehung des ganzen Volkes Gottes in die Feier der Eucharistie betont wurde.“ Das Indult scheine außerdem diejenigen zu bestärken, die sich der liturgischen Erneuerung widersetzt hätten. Außerdem verletze es den Grundsatz der Kollegialität aller Bischöfe der Weltkirche. In seiner Eigenschaft als Liturgiereferent der Österreichischen Bischofskonferenz erklärte der Salzburger Erzbischof Dr. Karl Berg, daß seit der Promulgation des neuen Meßbuches im Jahre 1970 dieser Ritus „zu einem unverzichtbaren Kennzeichen lebendiger Christengemeinden“ geworden sei. Die Feier des Gottesdienstes in der Muttersprache und die aktive Mitgestaltung der Messe durch die Laien hätten sich weiterhin als unbestrittene Elemente einer zeitgemäßen Liturgie bewährt.

Mehrere führende österreichische Liturgiewissenschaftler äußerten sich recht skeptisch über die Zweckmäßigkeit und den Nutzen der Wiederezulassung der Tridentinischen Messe. Der Vorsitzende der Liturgiekommission der Erzdiözese Wien, Rudolf Schwarzenberger, äußerte die Befürchtung, „daß dadurch eventuell eine für den weitaus größeren Teil der Gläubigen längst entschiedene Diskussion über die Erneuerung der Meßliturgie wieder neu entfacht werden könnte“. Der Salzburger Professor für Liturgiewissenschaften, Dr. Franz Nikolasch, sieht in der Zulassung der Tridentinischen Messe eine echte Gefahr für einen Rückfall in einen Ritualismus, „für den Gottesdienst nicht Lebensvollzug der christlichen Gemeinde, sondern ein exaktes Persolvieren eines vorgeschriebenen Rituals durch den Klerus“ darstelle.

3. Das italienische Konkordat

Die Machtergreifung Mussolinis im Jahre 1922 in Italien kam dem Bestreben des Papstes entgegen, endlich die seit dem Untergang des Kirchenstaates 1870 schwelende „Römische Frage“ aus der Welt zu schaffen. Ab 1923 ließ der Vatikan die Christliche Partei

(Partito Popolare) und ihren Gründer Don Sturzo (1871–1959) fallen und am 11. Februar 1929 kam es zu den berühmten Lateranverträgen, die dem Vatikan und der italienischen Kirche beträchtliche Privilegien einräumten. Als Italien 1947 sich die neue republikanische Verfassung gab, wurden die Lateranverträge mit den Stimmen der Kommunisten in diese aufgenommen. Bereits in den sechziger Jahren begannen die Diskussionen über eine Revision des Konkordates, das weder dem Geiste des II. Vatikanischen Konzils noch der fortschreitenden Säkularisierung der italienischen Gesellschaft entsprach. Im Jahre 1965 richtete Senator Lelio Basso an die Regierung die Anfrage, ob es nicht an der Zeit wäre, das Konkordat zu revidieren. Er mußte zwei Jahre warten, bis sein Antrag beantwortet wurde. Das Parlament beauftragte die Regierung, dem Heiligen Stuhl die Revision des alten Textes in Aussicht zu stellen. Im Jahre 1976 begannen zwei Kommissionen, die italienische und die vatikanische, mit den Verhandlungen. Seit damals wurden sechs Entwürfe verfaßt. Dem sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi, der die Verhandlungen persönlich in die Hand nahm, gelang es schließlich, die Angelegenheit zu Ende zu führen. Am 18. Februar dieses Jahres wurde das neue Konkordat zwischen dem italienischen Staat und dem Vatikan abgeschlossen.

Nach dem neuen Vertragswerk ist die katholische Religion nicht mehr Staatsreligion. Was die Ehe betrifft, so sollen die von den kirchlichen Gerichten ausgesprochenen Annullierungsurteile in Zukunft von der italienischen Justiz überprüft werden. Eine wichtige Bestimmung sieht vor, daß künftig in Italien die Schüler den Religionsunterricht frei wählen können. Dies hat bei den Bischöfen des Landes große Besorgnis ausgelöst. Wie der Präsident der italienischen Bischofskonferenz, Kardinal Ballestrero, Anfang November erklärte, schwanken die Schätzungen über den Rückgang der Schülerzahlen beim Religionsunterricht auf lokaler Ebene zwischen 10 bis 15 und 70 bis 80 Prozent. Mit der Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls über den Immobilienbesitz und das Finanzsystem der Kirche am 15. November ist schließlich die Konkordatsrevision zwischen Italien und dem Vatikan abgeschlossen worden. Danach sollten die Leistungen des Staates an die italienische Kirche immer mehr abgebaut werden, bis ab 1990 die Kirche selbst für die Finanzierung ihres Klerus aufkommen muß.

Ab diesem Datum sollen alle Priester, die im Dienste einer Diözese stehen, vom Diözesaninstitut, das alle Benefizialgüter der Diözese verwaltet, besoldet werden. Zur Finanzierung der Priester kann das Diözesaninstitut vom Zentralinstitut den Ausgleich verlangen, wenn es mehr ausgibt, als es einnimmt. Das Zentralinstitut soll dadurch finanziert werden, daß jeder 0,8 Prozent seiner Steuer, die keine zusätzliche Belastung darstellt, für die Priesterbesoldung bestimmen kann. Damit hat man in Italien ein System, daß es allen Glaubensgemeinschaften ermöglichen soll, von den Gläubigen selbst finanziert zu werden. Wenn man manchmal behauptet, die Zeit der Konkordate wäre vorbei, so gilt doch, daß diese Einrichtung immer noch etwas für sich hat. Mit Recht schrieb die angesehene italienische Jesuitenzeitschrift „La Civiltà Cattolica“, daß die „*libertas Ecclesiae*“ umfassender ist als die religiöse Freiheit, da sie sich auf Bereiche erstreckt, in denen der Staat kompetent ist. Um Streitigkeiten zu vermeiden, ist es notwendig, daß Staat und Kirche Übereinstimmungen erzielen.

4. Kirche in China

Nach jahrelanger „Funkstille“ gelangen nun wieder Nachrichten über das Christentum in China in den Westen. Übereinstimmend wird berichtet, daß katholische Gottesdienste großen Zulauf haben und daß seit dem Ende der sogenannten „Kulturrevolution“ mit

dem Tode Maos, des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, die gesetzlich verbürgte freie Religionsausübung im wesentlichen gewährleistet zu sein scheint. Das gilt bei der katholischen Kirche freilich nur für die „patriotische“, regimetreue und von Rom unabhängige Gruppe. Sie verfügt derzeit über ca. 50 Bischöfe (vor der Gründung der Volksdemokratie im Jahre 1949 gab es etwa doppelt so viele). 1958 war, ohne die Zustimmung Roms einzuholen, erstmals ein „patriotischer“ Bischof geweiht worden. Der Klerus ist heute stark überaltert, doch wurden seit 1982 bereits sechs Priesterseminare eröffnet bzw. wiedereröffnet. Man rechnet damit, daß in Kürze jährlich etwa 150 Priesterweihen zu erwarten sind.

Die gänzlich vorkonziliare Liturgie (lateinische Ämter bei ausgesetztem „Allerheiligsten“ mit „Tantum ergo“ und eucharistischem Segen am Schluß) lockt viele Menschen an, besonders auch Jugendliche und Männer. Es gibt aber auch Bestrebungen in Richtung auf eine chinesische Liturgie.

Das Urteil über die patriotische Kirche Chinas geht im Westen stark auseinander, je nach Einstellung und Informationsstand. Sicher ist, daß auch sie in der Kulturrevolution viel zu leiden hatte, ihre Priester verfolgt und ihre Gotteshäuser zerstört wurden. Sicher ist auch, daß durch ihre Opferbereitschaft die Glaubenssubstanz über eine schwere Zeit hinübergerettet wurde. Ebenso sicher ist es, daß es eine romtreue Kirche im Untergrund gibt, doch läßt sich schwer sagen, wie stark sie ist.

Ein so riesiges Land wie China, das sich als Reich der Mitte versteht, ist von vornherein ein Problemfeld für eine Kirche, die ihr geistig-religiöses Zentrum außerhalb Chinas hat. Auch Touristen haben nie die Möglichkeit, mit der romtreuen Kirche Chinas in Kontakt zu kommen. Rom selbst steht vor der immensen Schwierigkeit, daß schon ein Versuch, Beziehungen zur patriotischen Kirche zu knüpfen, als ein Fallenlassen der romtreuen Untergrundkirche empfunden werden könnte. Auch ist die derzeitige, relative Freiheit der von Rom unabhängigen katholischen Kirche Chinas keineswegs selbstverständlich. Man horchte jedenfalls auf, als Deng Xiaoping im Oktober 1983 beim 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas zu einer Kampagne gegen die „geistige Verschmutzung“ aufrief und blieb sich im unklaren darüber, wie weit er damit auch die Religion und die religiöse Betätigung verstand. Die Zukunft der Kirche in China ist alles eher als gewiß.